

Hamburg, 4. Juli 2016

Resolution der Hamburger Seniorendelegiertenversammlung:

Reform der gesetzlichen Altersrente

Aktuelle Berechnungen künftiger Rentenhöhen kommen zu einem alarmierenden Ergebnis: Bei unveränderter Rentenformel wird im Jahr 2030 fast jeder zweite Neurentner nur noch Altersbezüge auf dem Niveau der Grundsicherung erhalten. Durch das stete Absenken des Rentenniveaus auf derzeit 47,5 Prozent (2015) starten Neurentner schon seit Jahren mit immer kleineren Einkommen in den Ruhestand. Bis 2030 kann das Rentenniveau nach geltendem Recht auf 43 Prozent des Durchschnittslohns sinken.

In Deutschland sind bereits heute über 530.000 Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung angewiesen. In Hamburg gelten schon jetzt viele alte Menschen als bedürftig. Im Jahr 2014 waren hier 23.400 über 64-jährige Menschen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen (Quelle: Statistikamt Nord). Ihr Anteil an der Altersgruppe beträgt damit ca. 7 Prozent.

Die Abgeordneten im Bundestag müssen dringend Korrekturen am Rentensystem vornehmen.

- Der vor über 10 Jahren in die gesetzliche Rente eingeführte Nachhaltigkeitsfaktor, der auf die Absenkung des Rentenniveaus zielt, muss überprüft werden.
- Private Altersvorsorge, die für niedrigere Renten einen Ausgleich schaffen sollte, kann von einkommensschwachen Menschen selten geleistet werden. Aufgrund der derzeitigen Situation an den Finanzmärkten geraten auch die Betriebsrenten zunehmend in Bedrängnis.

Die sich abzeichnenden negativen Entwicklungen sind in höchstem Maße besorgniserregend.

Alte Menschen sollen nicht an der Armutsgrenze leben müssen, die beruflich Aktiven dürfen nicht finanziell benachteiligt werden.

Der Landes-Seniorenbeirat und die Seniorendelegierten in Hamburg fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich des drängenden Problems anzunehmen.

Brita Schmidt-Tiedemann
Vorsitzende des Landes-Seniorenbeirats Hamburg